

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aus Blick des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Ulla Burchardt, Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Rede

Düsseldorf, 17. März 2017

Liebe Preisträgerinnen und Preisträger, sehr geehrter Herr Reuter, sehr geehrter Herr Staatssekretär Knitsch, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bedanke mich für die Einladung und freue mich sehr, als noch recht neues Mitglied im Rat für nachhaltige Entwicklung heute bei der ersten gemeinsamen Veranstaltung von RENN.West dabei zu sein.

Der Anlass – die Auszeichnung der Preisträgerinnen und Preisträger vom Projekt Nachhaltigkeit ist sehr gelungen für einen solchen Auftakt. Warum?

Weil es richtig und wichtig ist, Danke zu sagen und zu würdigen, wenn sich Menschen für Nachhaltigkeit engagieren. Und weil wir mit dieser Veranstaltung ein Stück Öffentlichkeit schaffen und zeigen: es werden immer mehr. Das ist gut so, denn in unserer heutigen medialen Konsumkultur dominiert das Schrille und Schnelle, oft das Schreckliche – für Schlagzeilen und Sensationsberichte taugt Nachhaltigkeit selten.

Und trotzdem: der Begriff und seine Bedeutung sind bekannter denn je, immer mehr Menschen verbinden gutes Leben mit Nachhaltigkeit und/oder fühlen sich für mehr als nur das eigene Wohlbefinden verantwortlich. Und anders als die medialen Oberflächen es erscheinen lassen: Fakt ist – es hat sich in der Gesellschaft Erstaunliches getan angesichts der Vielzahl von grandiosen Projekten und Initiativen wie wir sie auch heute erleben.

Nachhaltigkeit lebt. Es bewerben sich nicht nur immer mehr Projekte für eine Auszeichnung, sondern sie werden auch immer professioneller.

„Das reicht nicht, es geht nicht schnell genug...“ werden manche von Ihnen beklagen, und manchmal überfällt mich das Gefühl auch. Und dann ist es ganz gut, sich zum einen noch einmal die Wegstrecke anzuschauen, die hinter uns liegt – nicht nur, weil sich Festveranstaltungen an sich dafür anbieten, sondern das Jahr 2017 fordert dazu heraus.

Vor 30 Jahren wies uns der Brundtland-Bericht mit seiner Definition von Nachhaltigkeit den Weg in eine gute Zukunft für alle Menschen, die bis heute nichts an Aktualität und Aufgeklärtheit verloren hat:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Damit war ein werteorientiertes Leitbild für das Zusammenleben, für eine humane Gesellschaft formuliert: Verantwortung, Rücksichtnahme und Respekt im Umgang mit den Menschen und der Mitwelt, lokal wie global. Heute liest es sich als Handlungsmaxime auch gegen Retropolitik und rechtspopulistische Rattenfänger.

So war 1987 eine grobe Richtung vorgegeben und auch der Hinweis, wie man die Spur findet: die Staaten werden aufgefordert Strategien zu entwerfen,“ die aus den gegenwärtigen, oft destruktiven Wachstums- und Entwicklungsprozessen zu nachhaltigen Entwicklungswegen führen.“

Praktisch übersetzt ist das die Aufforderung: Raus aus alten Routinen und Entscheidungen anders treffen als bisher!

Und dies ist der Kern der Agenda 2, 1992, also vor 25 Jahren, von der internationalen Staatengemeinschaft beschlossen wurde.

Sie wirkte wie ein Schub für die Bewegung von Bürgerinnen und Bürgern, die für ihre Kinder und Enkel eine nachhaltige Zukunft gestalten wollten und sich überall zusammenfanden, um täglich andere, bessere Entscheidungen zu treffen - im Alltag und nicht in Sonntagsreden.

Diesen Impuls von Brundtland und Rio haben wir damals im Bundestag mit der Einrichtung einer Enquete-Kommission aufgenommen.

In meiner ersten Legislaturperiode fand ich es spannend, zu dem guten Dutzend Abgeordnete zu gehören, die mit der gleichen Zahl an Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft den Auftrag bekamen: sucht nach Wegen und Weichenstellungen, wie man die Bundesrepublik auf Kurs Nachhaltigkeit bringen kann.

Heraus kam als wesentlichstes Ergebnis der Entwurf für eine Politikinnovation: die Architektur der Nachhaltigkeitsinstitutionen mit den Elementen, wie wir sie heute noch kennen und schätzen:

- das Thema gehört als Chefsache ins Kanzleramt,
- ein Staatssekretärsausschuss ist verantwortlich für die Koordinierung der Ressorts,

- ein Nachhaltigkeitsrat mit Vertreterinnen und Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen begleitet kritisch wie konstruktiv die Arbeit der Regierung und es muss eine Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Zielen, Indikatoren und Maßnahmen geben.

Damit war ein Meilenstein gesetzt:

Was der Bundestag im Jahre 2002, vor 15 Jahren beschlossen hatte, wurde von der damaligen Bundesregierung umgesetzt und diese Architektur der Nachhaltigkeitspolitik wurde bis heute von allen folgenden Regierungen unterschiedlicher Farbkombinationen gepflegt.

Darauf hätte damals niemand gewettet – und vor allem hätte ich nie damit gerechnet, heute im Namen des Rates für Nachhaltige Entwicklung so tolle Projekte und engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter auszeichnen zu können.

Mit diesem bürgerschaftlichen Engagement wird nicht nur Nachhaltiges bewegt, sondern Interesse und Nachfrage nach Nachhaltigkeit in der Politik offenkundig. Das Eine gäbe es ohne das andere so nicht.

Natürlich hat es in den zurückliegenden 15 Jahren auch Veränderungen gegeben. worden: so legen die Ministerien Nachhaltigkeitsberichte vor und länger schon gibt's es die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen, der Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes ist Teil der Strategie, 2013 wurde die Peer Review eingeführt. Der Deutsche Bundestag institutionalisierte 2004 den Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung. Und auch über den Rat sind wichtige Entwicklungen in Gang gesetzt worden, wie z.B. der Nachhaltigkeitskodex, zu dem inzwischen mehr als 300 Entsprechenserklärungen von Unternehmen vorliegen.

Und schließlich ist die Neuauflage der Strategie von 2016, gerade vor wenigen Wochen beschlossen, die umfassendste Weiterentwicklung - sie steht im Zeichen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Sie konkretisiert die 17 globalen UN-Ziele für Deutschland und benennt die Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung diese in allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung erreicht will. Naturgemäß ist das Themenspektrum so vielfältig wie das Leben:

Es geht von der Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und Gesundheitsvorsorge über Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit bis hin zu Klima- und Artenschutz; die Qualität von Gewässern soll verbessert, die Luftbelastungen vermindert oder auch das Angebot an nachhaltigen Produkten gesteigert werden.

Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass universelle Nachhaltigkeitsziele, die Decarbonisierung oder eine Schadensneutralität der Bodennutzung Eingang in politische Verpflichtungen auf höchster Ebene finden?

„Das ist ja wie eine Wundertüte“, wird mancher denken, meine Damen und Herren, und sich fragen: „hehre Ziele, aber kennen die in Berlin die Realität eigentlich nicht?“

Die einen meinen dann z.B. das Überschreiten planetarer Belastungsgrenzen, etwa in den Bereichen Klimawandel, Biodiversität oder dem Stickstoffeintrag in die Biosphäre. Andere wiederum verweisen auf zunehmende Ungleichheit, auch im eigenen Land und die Angst vor Armut und materieller wie physischer Bedrohung.

Oder fürchten sich vor extremistischen Attacken und sehen unsere freiheitliche und plurale Demokratie bedroht.

Ich teile diese Sorgen – aber was ist die Konsequenz? Vogel-Strauß-Politik? Nein! Weiter arbeiten! Taten für morgen sind gefragt und wer weiß das besser als Sie, die Preisträgerinnen und Preisträger!

Und so ist das auch mit der Politik: ich sage ich nicht, heute funktioniert Nachhaltigkeitspolitik bestens oder die aktuelle Nachhaltigkeitsstrategie ist die denkbar Beste ist.

Sie zeigt Stärken und Schwächen, Routinen und Ressortegoismen halten sich hartnäckig.

Im Rat sind wir gerade dabei, die Strategie zu begutachten, unsere Stellungnahme mit Kritik wie Vorschlägen ist in Arbeit.

Ich begrüße z.B. sehr, dass die Nachhaltigkeitsstrategie die zentrale Bedeutung der Länder und Kommunen noch stärker anerkennt und auf eine enge Zusammenarbeit hinwirken möchte als bisher, oder dass der Dialog mit den unterschiedlichen Gruppen eine noch stärkere Rolle spielen soll.

Dringend überarbeitungsbedürftig sind, das ist allseitige Meinung, die Managementregeln, die das Herzstück der Strategie ausmachen. Da geht es um Regeln und Orientierung für die Ressorts, damit dort in den vielen Einzelfällen tatsächlich Entscheidungen in Richtung Nachhaltig gefällt werden. Wir sind beauftragt, die bisherigen Regeln zu überarbeiten und haben damit gerade begonnen.

Auf jeden Fall werden wir wiederholt fordern: Nachhaltigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen, um daraus einen verfassungsrechtlichen Grundwert zu machen. Das würde helfen, die Kurzsichtigkeit bei Entscheidungen zugunsten langfristigen Denkens zu überwinden.

Zu schwach sind mir als langjährige Bildungs- und Forschungspolitikerin die Ziele im Bildungsbereich. Wer Armut in Deutschland bekämpfen will muss dafür sorgen, dass Bildungserfolg nicht länger von der Herkunft abhängig ist. Die deshalb gehören Indikatoren wie z.B. junge Erwachsene ohne Schul- und Berufsabschluss unbedingt in die Nachhaltigkeitsstrategie und nicht nur verstreut in Fachberichte.

Die SDGs ernst nehmen fordert eine integrative Perspektive, und diese in die alltäglichen politischen Problemdefinitionen und Entscheidungsfindungen einzubringen, macht die wahre Herausforderung aus. Ich gebe dazu ein aktuelles Beispiel: angesichts von mehr als 10000 Todesopfern, die es pro Jahr durch Autoabgase gibt, wie in diesen Tagen alle Medien berichten, wäre eigentlich Nulltoleranz für Stickoxyde und Co. ein wirksamer Beitrag zum SDG Gesundheit.

Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen es auch, bis dahin gibt es noch viele dicke Bretter zu bohren und Kämpfe auszufechten - nicht nur mit der Autoindustrie, auch mit einer der größten NGOs im Land mit Namen ADAC.

Und damit sind wir dann wieder bei der Bürgergesellschaft und bei Ihrem Engagement und den heutigen Preisträgern, die wir jetzt gleich vorstellen und würdigen werden.

Lassen Sie mich abschließend noch auf anstehende Termine hinweisen:

In diesem Jahr stehen Wahlen an: am 26. März im Saarland, am 14. Mai in NRW und am 24. September schließlich die Bundestagswahlen.

„Nichts kommt von selbst und nur wenig ist von Dauer“, hat Willy Brandt, Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, Friedensnobelpreisträger und Bundeskanzler einmal gesagt und „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen“ – für nachhaltige Reformen würde er sicher heute formulieren.

Nachhaltigkeitspolitik fällt nicht vom Himmel, dazu braucht es Regierungen, die dafür stehen. Und die gibt es nur, wenn sich dafür Mehrheiten finden.

Wer morgen noch über Licht und Schatten der Nachhaltigkeitsstrategie im Land oder Bund sprechen will, der muss am Wahltag dafür sorgen, dass Gutes noch besser gemacht werden kann.

Sprechen Sie Ihre Kandidaten, ihre Abgeordneten an – erzeugen Sie Nachfrage, zeigen Sie Ihren Politikern zu Hause, wie groß das Interesse und der Bedarf an Nachhaltigkeitspolitik ist, auch wenn Abgeordnete in ihrer täglichen Presseschau nichts davon lesen

Je größer die Nachfrage, desto besser das Angebot.

Der weitere Terminhinweis betrifft die „Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit“ vom 30. Mai bis zum 5. Juni. Ich möchte alle Preisträger ermutigen, sich aktiv zu beteiligen und die Vernetzung über den heutigen Tag hinaus zu leben.

Schauen Sie bitte außerdem regelmäßig, was „ihre“ Netzstelle so anbietet und was sich in den drei anderen tut. Machen Sie Vorschläge, bringen Sie sich ein – das würden wir uns für RENN wünschen!